

Die Situation der finnischen Sozialdemokratie

Autor(en): **Michaelis, Alfred**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **26 (1947)**

Heft 2

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-335681>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Situation der finnischen Sozialdemokratie

Die finnische Sozialdemokratie betrachtet die Friedensverhandlungen, die am 10. Februar stattfinden und deren vertraglicher Abschluß im Frühsommer, wahrscheinlich im Juni durchgeführt wird, als den endgültigen Abschluß jener unglücklichen Epoche, in der Finnland im Laufe eines Menschenalters drei Kriege mitgemacht hat. Der Wiederaufbau Finnlands und seine Schadenersatzleistungen erfordern eine übermäßige Arbeitsleistung, die nur aufgebracht werden kann, wenn dem Lande innere und äußere Ruhe gesichert wird. Die Sowjetunion wünscht ein neutrales, demokratisches Finnland, das die Gewähr bietet, im Falle künftiger Wiederholung kriegerischer Konflikte nicht als Sprungbrett gebraucht zu werden. In dieser Hinsicht betrachtet sie die Kommunistische Partei Finnlands keineswegs als den einzigen Friedensgaranten, sondern wünscht, daß eine demokratische Front auf möglichst breiter Grundlage errichtet werde. Die finnische Sozialdemokratie betont ausdrücklich, daß ihr an möglichst guten Beziehungen mit der Sowjetunion gelegen sei. Finnland hat auch bisher seinen redlichen Willen, die Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion zu erfüllen, so überzeugend bewiesen, daß das gegenseitige Verhältnis mehr und mehr zufriedenstellend geworden ist. Es bestehen recht lebhaft Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern, und das finnische Volk, dessen Ernährungslage sehr schwierig ist, empfindet eine dankbare Anerkennung gegenüber Sowjetrußland, das trotz eigenen Schwierigkeiten in der Getreideversorgung zu einer Lieferung an Finnland bereit war, um dort den dringendsten Notstand zu beheben. Das notwendige Bestreben, ein günstiges Verhältnis zur Sowjetunion herzustellen, bedeute jedoch nicht, wie von der finnischen Sozialdemokratie geltend gemacht wird, sich für eine Entwicklung zu entscheiden, die die innenpolitischen demokratischen Verhältnisse des Landes beeinträchtigen oder gar gefährden könnte.

Die durch die Kriegsteilnahme an der Seite des nazistischen Deutschlands stark belastete Parteimehrheit hatte es ungemein schwer, sich mit dieser Einstellung zu behaupten, da sie selber an einer Politik mitverantwortlich war, die innenpolitisch in Hinblick auf die demokratischen Freiheiten recht bedenkliche Erscheinungen zeitigte. So ungerecht es auch ist, die ehemalige Tanner-Richtung für eine Politik haftbar zu machen, die weit über ihre Teilverantwortung hinausgeht, und in ihr den eigentlichen Sündenbock zu sehen, wie es zuweilen den Anschein hatte, so ist es doch verständlich, wenn sich der Unmut in erster Linie gegen jenen politischen Faktor richtet, der seinem Wesen gemäß die größte Enttäuschung verursachte. Der überschwengliche Wille zur Wiedergutmachung, der die oppositionellen Teile der Arbeiterbewegung beseelte und die rücksichtslose Ausmerzungen forderte, was an dieser unseligen Politik mitverantwortlich und mitschuldig war, führte zu einer Einstellung der Mehrheitssozialdemokratie, die anmaßend und unbelehrbar schien, und — wie kürzlich auch von dem Führer des schwedischen sozialdemokratischen Arbeiterbundes in Finnland, dem früheren Sozialminister K. A. Fagerholm hervorgehoben wurde — in dem Bestreben, Vaino Tanner zu verteidigen, oft allzu weit gegangen

ist. Jetzt, da sich eine ruhigere Entwicklung anbahnt, scheint es jedoch, daß in jener kritischen Zeit nach dem Waffenstillstand die Zügel sehr straff gehalten werden mußten, um zu verhüten, daß die gesamte Arbeiterbewegung von einem uferlosen Opportunismus erfaßt werde. Dieser Eindruck wird durch die eindeutige und standhafte Haltung bestätigt, die die Parteimehrheit gegenüber den Kommunisten, besonders aber durch ihre unversöhnliche, trotzige Einstellung, die sie sich hinsichtlich der eigenen Parteiopposition zu eigen gemacht hat.

Die Kommunisten haben sofort nach Waffenstillstand eine Art Volksfront, die volksdemokratische Bewegung, geschaffen. In ihr bilden die Kommunisten, die die harmlose Bezeichnung «Volk demokraten» angenommen haben, die Mehrheit gegenüber den der Bewegung angeschlossenen bürgerlich-demokratischen Gruppen. Die Mehrheitssozialdemokratie hat die wiederholte Aufforderung, sich der volksdemokratischen Bewegung ebenfalls anzuschließen, abgelehnt und beharrt auf einer klassenmäßig klar abgegrenzten, sozialistischen Politik.

Die Kommunisten haben sich der Staatspolizei bemächtigt; die Methoden, die man dort anwendet, müssen als sehr bedenklich bezeichnet werden. Im Hinblick auf ihre Arbeiterpolitik haben sich außerdem Vorgänge und Erscheinungen ergeben, die dem Ansehen der Kommunisten außerordentlich geschadet und der Sozialdemokratie direkt in die Hände gearbeitet haben. Im Frühsommer wurden Massenkundgebungen im Freien organisiert, deren Zweck nicht sonderlich überzeugte, zumal diese Aktionen von Vorgängen begleitet waren, die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften eindeutig als «Betrieb-terror» bezeichnet werden. Es wurden «wilde», von den Gewerkschaften nicht gebilligte Streiks angezettelt und Unruhen ähnlicher Art zu entfachen versucht. Es versteht sich von selbst, daß weder Finnland noch der Sowjetunion an derartigen «taktischen Manövern» gelegen sein kann. Um die Tragweite derartiger politischer Mißgriffe zu verdeutlichen, mag nur erwähnt sein, daß Finnland für die Verspätung einer Lieferung an die Sowjetunion mit einer empfindlichen Strafe von fünf Prozent monatlich belegt wird. Störungen im Produktionsprozeß, die dieses Risiko vergrößern, müssen somit im Interesse aller Partner vermieden werden. Eine ruhige Entwicklung freilich, die die inneren Schwierigkeiten des Landes allmählich überwinden hilft, würde die Position der Sozialdemokratie begünstigen, während einer Verwirklichung der besonderen Ziele der Kommunisten eine weitere Radikalisierung der Arbeiterklasse vorausgehen muß.

Im Sommer vorigen Jahres hat die Mehrheitssozialdemokratie den Kommunisten einen Vorschlag unterbreitet, zusammen einen Ausschuß zu bilden, um gemeinsam Fragen politischer und wirtschaftlicher Art zu lösen. Dieser Kontakt habe jedoch direkt und allein mit den Kommunisten, ohne den volksdemokratischen Beihang, zu erfolgen. Bis jetzt hat sich indessen eine Aktionseinheit nicht ermöglichen lassen, und auch die Krise innerhalb der Sozialdemokratie konnte bislang nicht beigelegt werden. Obwohl die Parteimehrheit ungefähr vier Fünftel der Bewegung ausmacht und der Regierung fünf sozialdemokratische Minister angehören, betont sie, in der Regierung nicht vertreten zu sein. Sämtliche Minister werden zur Opposition gerechnet oder gehören der Sozialistischen Einheitspartei an, wie der Justizminister Eino Pekkala und der zweite Außenminister Reinhold Svento. Die Einheitspartei wird, da sie zahlenmäßig recht bedeutungslos ist, als eine «Gruppe von Offizieren ohne Armee» beziehungsweise «Ministerpartei» bezeichnet; sie ist der volksdemokratischen Bewegung angeschlossen. Aber auch der schwedische sozialdemokratische

Arbeiterbund, der nicht der volksdemokratischen Bewegung angeschlossen ist, steht in Opposition, und wenn es auch heißt, daß sein Vorsitzender Fagerholm kompromißbereit sei, so äußerte dieser selbst vor wenigen Tagen in einer schwedischen Publikation, daß die schwedische Parteigruppe, falls die Partei eine für die Opposition annehmbare Lösung nicht finden sollte, die Zentralorganisation verlassen wird.

Der außerordentliche Parteitag, der im Sommer 1946 stattgefunden hat, konnte den Gegensatz zu der noch innerhalb der Partei verbliebenen Opposition nicht überbrücken. Hingegen schien sich die Krise noch mehr zu vertiefen, so daß zwei führende oppositionelle Persönlichkeiten, Atos Wirtanen, aus der Reichstagsfraktion, und Silvi-Kylliki Kilpi ebenfalls aus der Reichstagsfraktion wie auch aus der Partei ausgeschieden sind und letzterer sich der Einheitspartei angeschlossen hat. Die Opposition hat immerhin alles vermieden, was die Gegensätze hätte weiter verschärfen können, und bei den Verhandlungen, die man in den letzten Wochen geführt hat, war man gegenseitig ehrlich bemüht, zu einem Ausgleich zu kommen.

Obwohl diese Krise die Aktionsfähigkeit der finnischen Partei stark beeinträchtigt hat, ist sie organisatorisch unerhört gewachsen und mit nahezu 100 000 direkt angeschlossenen Mitgliedern stärker denn je zuvor. Sie beabsichtigt, im Frühjahr die Richtlinien ihrer künftigen Politik, denen eine Abrechnung mit der Vergangenheit vorangehen soll, zu publizieren, die hoffentlich die Möglichkeit bieten werden, alle sozialdemokratischen Richtungen auf einer gemeinsamen Basis zu vereinigen.

EMIL KLÖTI

Sind die Werktaxen indirekte Steuern?

Diese Frage hat Dr. Emil J. Walter im Januarheft 1947 der «Roten Revue» erörtert. Er ist dabei zu dem Schlusse gelangt, «daß — *wirtschaftlich* gesprochen — die Frage, ob Werktaxen in unsern Verhältnissen indirekte Steuern seien, verneint werden muß.»

Diese Auffassung wirkt überraschend, zumal sie im Widerspruch zu den Anschauungen steht, die bisher in der sozialistischen Literatur vertreten worden sind. Es ist wünschenswert, daß diese Meinungsverschiedenheit abgeklärt werde, zumal jetzt in Bern eine Verfassungsinitiative auf Besteuerung der öffentlichen Unternehmungen der Kantone und Gemeinden durch den Bund anhängig ist, die von sozialdemokratischer Seite gerade mit dem Argument bekämpft wird, die Reingewinne der Werke seien ihrem Wesen nach nichts anderes als Erträgnisse indirekter Steuern.

Ich möchte daher in aller Kürze meine abweichende Auffassung darlegen.

Es ist wohl niemand der Meinung, die Werktaxen seien schlechthin indirekte Steuern. Ihrem Wesen nach sind sie das Entgelt für das gelieferte Produkt (Gas, elektrische Energie) oder für geleistete Dienste (Straßenbahn). Die Frage, ob es sich um indirekte Steuern handle oder nicht, bezieht sich nicht auf den Gesamtertrag